Zeitschrift: ASMZ : Sicherheit Schweiz : Allgemeine schweizerische Militärzeitschrift

Herausgeber: Schweizerische Offiziersgesellschaft

Band: 185 (2019)

Heft: 7

Rubrik: Internationale Nachrichten

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 09.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Russland

Neue Hyperschall Raketenabwehr?

«Die Luft- und Raketenabwehrtruppen der russischen Luft- und Raumfahrtstreitkräfte haben einen weiteren Teststart eines neuen russischen Raketenabwehrsystems im kasachischen Saryschagan erfolgreich durchgeführt», so der stellvertretende Kommandant der für den Test verantwortlichen Einheit, Oberst Vladimir Sergiyenko. Über den Raketentyp herrscht Schweigen. Details waren aber einem von den Streitkräften via den TV-Sender Zvedzda verbreiteten Video zu entnehmen. Das mobile Lenkwaffensystem wird per Lastwagen bewegt. Zwar wurde der Raketentest aus einem Silo heraus geführt, das hat aber gemäss offiziellen Angaben vor allem mit logistischen Gründen zu tun. Bereits letztes Jahr wurden an gleicher Stelle neuartige Marschflugkörper getestet. «Nach einer Reihe von Versuchen bewährte sich die neue Abfangrakete in ihren Eigenschaften und schloss ihre Aufgabe erfolgreich ab, indem sie ein zugewiesenes Ziel mit grosser Präzision traf», so Sergiyenko. Ob es sich dabei um einen Test des gross angekündigten S-500-Luftabwehrprogramms handelt, welches ab 2020 der Truppe übergeben werden soll, wurde nicht bestätigt. Jedoch untermauern die Bilder aus Saryschagan das Alleinstellungsmerkmal der S-500: Hyperschallfähigkeit. Präsident Putin wird denn auch nicht Müde, zu betonen, dass infolge der INF-Vertragsaufkündigung der USA Russland das strategische Gleichgewicht wiederherstellen will. Ins Bild passt deshalb auch, dass beinahe gleichzeitig mit diesem Test der türkische Präsident Erdogan klipp und klar feststellte, dass es für sein Land keinen Weg zurück aus den Kaufverhandlungen für die russischen S-400-Raketen gibt und doppelte dabei gleich nach: «Die Türkei kann sich gut vorstellen, eine Partnerschaft mit Russland einzugehen, um den nächsten grossen Wurf, das S-500 Antiballistische-Raketenabwehrsystem in einer gemeinsamen Koproduktion herzustellen.

S-500 auf dem Weg zum Raketensilo?
Bild: Screenshot/Russisches Verteidigungsministerium

Zypern

Weltweit grösste «Non Combattant Evacuation»-Übung

Was tun, wenn bei einem Konflikt die im Land ansässigen Bürger eines Drittstaates evakuiert werden müssen? Dieser Frage gingen Ende Mai Vertreter von sieben verschiedenen Armeen (Griechenland, Israel, Deutschland, dem Vereinigten Königreich, den USA, Frankreich und Zypern) im zypriotischen Larnaka nach. Unter dem Namen «Argonaut 2019» widmeten sich Experten dem Thema der nicht kombattanten Evakuationsoperationen. Dazu liefert der griechische Vizeadmiral Giorgos Oikonomou, als Vertreter des Joint Rescue Coordination Centre (JRCC), die Begründung: «Die Notwendigkeit der Übung entstand nach der Krise im Libanon im Jahr 2006, als Zypern als Zwischenstopp für die Evakuierung von 120 000 Zivilisten diente. Seitdem findet jedes Jahr die Übung Argonaut statt, um die Bereitschaft der beteiligten Behörden und Ländervertreter zu testen». Die Ereignisse auf der Insel während und nach dem Libanonkrieg wurden von zypriotischen Beamten als der grösste Notstand seit der Teilung 1974 beschrieben, als türkische Truppen in den nördlichen Teil von Zypern einmarschierten. In diesem Jahr integrierte das mehrteilige Übungsszenario einen schweren zivilen Flugzeugunfall bei Nacht auf offener See sowie tags darauf eine Havarie eines Passagierschiffs. In beiden Szenarien waren (westliche) Zivilisten an Bord, welche aus einem Krisengebiet im Nahen Osten nach Zypern evakuiert werden sollten. Insgesamt waren dabei 21 maritime Search and Rescue (SAR) Einheiten involviert. Zudem stellten Griechenland eine Fregatte der ELLI-Klasse sowie ein C-130 Herkules Transportflugzeug, Frankreich eine Fregatte, Israel eine multirole Fregatte der HETZ-Klasse und Sonderoperationskräfte, Grossbritannien einen Zerstörer inklusive 2 Helikoptern, die USA einen Katamaran der Spearhead Klasse und ein Boeing P-8 Seeaufklärungsflugzeug sowie Deutschland ein Orion P-3 Seefernaufklärungsflugzeug zur Verfügung. Als Gastgeberland brachte die Republik Zypern nebst der gesamten Infrastruktur mehrere Fregatten, Korvetten, Patrouillenboote sowie ein Unterwasser-Kampfmittelbeseitigungsteam, Land-, Hafen- und Seepolizeieinheiten, Experten des Forstministeriums, spezialisiertes medizinisches Rettungspersonal und Rettungsschwimmer in die Übung ein. Zudem wurde ein ziviles Hilfsschiff enga-

Lage-Update während Argonaut 2019. Bild: mod.gov.cy

giert. Zur Bewältigung der Ereignisse wurde im «Zenon Coordination Center» ein Crisis Management Coordination Team einberufen, welches sich aus Vertretern aller beteiligten staatlichen Diensten der Republik Zypern zusammensetzt. Es ist für die Bewältigung von SAR-Vorfällen verantwortlich, die massive Rettungseinsätze von Zivilisten erfordern, welche aus einem Kriegsgebiet abtransportiert werden müssen. Laut dem zypriotischen Verteidigungsministerium bewiesen «das JRCC Larnaka, alle beteiligten Agenturen und Ministerien der Republik, die luftfahrttechnischen Mittel und das Personal der teilnehmenden befreundeten Staaten» ihr grosses Können und ihre Bereitschaft, jede Notsituation in der weiteren Region des östlichen Mittelmeers bewältigen zu können.

Rumänien

«Saber Guardian 2019»

Um laut dem rumänischen Verteidigungsministerium «den Zusammenhalt, die Einheit und die Solidarität aller Partner und den mit Rumänien verbündeten Länder zu betonen, um sich gegen jede Art von Aggression zu verteidigen, insbesondere durch eine schnelle Mobilisierung und Konzentration der militärischen Kräfte innert kurzer Zeit und überall in Europa», startete zu Beginn des Junis im rumänischen Cincu die alle zwei Jahre durchgeführte NATO-Übung Saber Guardian. Mehr als 13 500 rumänische Soldaten sowie Militär aus Albanien, Bosnien und Herzegowina, Bulgarien, Deutschland, Grossbritannien, der Republik Moldova, den Niederlanden, Polen, Portugal, Rumänien, Spanien, der Türkei, der Ukraine und den USA bestritten während drei Wochen unter der Leitung des rumänischen Heeres sowie US Army Europe gemeinsame Manöver in Bulgarien, Ungarn und dem Gastgeberland. Sie übten Truppenverschiebungen, medizinische Feldversorgung, mehrere Flussüberquerungen über die Donau sowie die Simulation eines breitangelegten gegnerischen Luftangriffs, den es mittels Stinger- und Patriot-Abwehrraketen zu verhindern galt. Saber Guardian 2019 zielte insbesondere auf die Integration multinationaler Kampftruppen ab und verbesserte deren Kooperation. Diese Truppenbewegungen blieben deshalb nicht unbemerkt. Russland entsandte aus seiner Schwarzmeerflotte den Raketenzerstörer Smetlivy, um die gesamte Übung zu beobachten.

Eröffnungszeremonie zu Saber Guardian 2019. Bild: US Army

Russland – China

Putin und Xi stärken ihre Allianz

Mit seinem Gastgeschenk lag Chinas Präsident Xi Jinping schon einmal richtig. «Wenn wir über Pandas reden, erscheint immer ein Schmunzeln auf dem Gesicht», bedankte sich Gastgeber Wladimir Putin vor dem neuen Pandagehege im Moskauer Zoo. Die Übergabe der zweijährigen Pandadame Dindin und ihres Gefährten Schui (was übersetzt so viel wie «Erfüllung der Wünsche» heisst) wertete der Kremlchef als «ein Zeichen besonderer Achtung und des Vertrauens zu Russland».

Seit 2014 spricht die Kremlführung verstärkt von der «Wende gen Osten» – eine Reaktion auf die Spannungen zwischen Moskau auf der einen und Brüssel und Washington auf der anderen Seite im Zuge der Krim-Annexion. Jetzt nehmen immer mehr Projekte Gestalt an. Im vergangenen Jahr stieg der russisch-chinesische Handel erstmals über die Marke von 100 Milliarden Dollar. Die Achse Moskau–Peking wird spürbarer.

Das zeigt sich nicht zuletzt im Verhältnis zwischen Putin und Xi. Mehr als 30 Mal haben sich die beiden inzwischen getroffen. Schon seine erste Auslandsreise habe ihn nach Russland geführt, inzwischen sei er siebenmal zu Besuch gewesen, und Putin sei «unter meinen ausländischen Kollegen der nächste und verlässlichste Freund», lobte Xi.

Der Kremlchef führt gerne pragmatisch wirtschaftliche Gründe für die Allianz an. Der asiatische Markt wachse eben schneller als der der Industrieländer. «Warum sollten wir auf diese Chance verzichten?», argumentiert der russische Präsident.

Doch der politische Hintergrund der Annäherung ist unbestreitbar und definiert das Verhältnis der beiden Nachbarn zueinander. Dabei ist China in der besseren Ausgangsposition und hat die Schwierigkeiten Moskaus im Verhältnis zum Westen geschickt zu seinem Vorteil ausgenutzt. Ohne sich politisch festzulegen – Peking hat die Zugehörigkeit der

Xi und Putin. Bild: russian looks

Krim zu Russland nicht anerkannt –, hält Peking Moskau unter anderem im UN-Sicherheitsrat den Rücken frei und profitiert dafür wirtschaftlich.

Die Achse sieht gleichberechtigt aus, aber China nutzt die Kooperation massiv zu seinen Gunsten aus, indem es Moskaus Wirtschaftsschwäche, auch durch die US-Sanktionen, ausnützt. Das Reich der Mitte ist vor allem am Rohstoffreichtum des nördlichen Nachbarn interessiert. Und in diesem Bereich ist die Kooperation in den vergangenen Jahren exponentiell gestiegen. Der Energiesektor ist die Basis der Handels- und Wirtschaftsbeziehungen Russlands, er formiert 38 Prozent des Handelsaufkommens.

Die Energiekomponente wird im bilateralen Verhältnis weiter zunehmen: Die russische Atombehörde Rosatom hat im Rahmen der Xi-Visite einen Milliardenauftrag für den Bau von zwei Reaktorblöcken in China bekommen, Novatek und die Gazprombank haben ein Joint Venture mit Sinopec zum Verkauf russischen Gases in China geschlossen, und die russische Wasserkraftwerksgesellschaft

Rushydro hat mit der chinesischen Powerchina eine Zusammenarbeit beim Bau von Wasserkraftwerken in Russland unterzeichnet.

Ende des Jahres soll die lange umstrittene Gaspipeline «Kraft Sibiriens» mit einer Kapazität von 38 Milliarden Kubikmetern pro Jahr an den Start gehen. Damit wird Russland endgültig zum Haus-und-Hof-Energielieferanten Chinas. Dabei stellen Experten bei diesem Projekt die Rentabilität der Lieferungen für Russland infrage.

Daneben eröffneten Putin und Xi aber auch ein Automobilwerk von Great Wall im Gebiet Tula. Onlinehändler Alibaba forciert sein Geschäft in Russland mittels einer Kooperation mit den Internetunternehmen Megafon und Mail.ru. Und der grösste Mobilfunkanbieter MTS beauftragte den chinesischen Huawei-Konzern am Donnerstag mit dem Aufbau seines 5G-Netzes.

Die Proklamation eines neuen Sino-russischen Wirtschaftsblocks aber wäre verfrüht. Russlands Handelspartner Nummer eins ist weiter die EU. Und das mit Abstand: 2018 belief sich der Handel zwischen Russland und der EU auf immerhin fast 300 Milliarden Dollar Umsatz.

USA – Japan

Sicherheitspolitik bei Staatsbesuch

Die USA dringen auf ein rasches Handelsabkommen mit Japan. Das betonte US-Präsident Donald Trump während seines Staatsbesuchs in Japan nach einem Treffen mit Ministerpräsident Shinzo Abe. Aber die meiste Zeit redeten sie über Sicherheitspolitik: Nordkorea und Iran.

Trump sagte, sein Ziel sei eine Beseitigung von Handelsbarrieren, damit US-Exporte fairere Chancen in Japan hätten. Er hoffe, schon sehr bald eine Einigung bekanntgeben zu können. Trump verband das Thema Handel ausdrücklich mit dem Thema Sicherheit. Hier müsse es insgesamt einen Ausgleich geben. Für Japan ist dies eine heikle Verknüpfung, denn das Land stützt seine Verteidigung auf sein enges Bündnis mit den USA. Trump äusserte sich zugleich zufrieden mit der Entwicklung der Nordkorea-Frage. Abe sagte, beide Politiker hätten vereinbart, die bilateralen Handelsgespräche zu beschleunigen.

Laut dem japanischen Ministerpräsidenten sei das Sicherheitsbündnis zwischen Japan und den USA «unerschütterlich». Das Bündnis sei das engste der Welt. In Bezug auf Nordkorea sagte Abe, Japan und die USA stimmten in ihrer Politik bezüglich Nordkorea vollkommen überein. Abe bekräftigte seine Absicht, Nordkoreas Machthaber Kim Jong Un «ohne Bedingungen» persönlich zu treffen, um das Problem der Entführung von Japanern in den 1970er und 1980er Jahren durch Nordkorea zu lösen. Trump habe ihm seine volle Unterstützung zugesagt, sagte Abe. Trump sagte, beim Thema Nordkorea könne es Fortschritte geben. «Das fühle ich», sagte Trump. Man müsse aber die Entwicklungen abwarten.

Trump und Abe. Bild: AP

Im Bezug auf die Krise im Iran sagte Trump, er wisse, dass Japan und insbesondere Abe einen engen Draht zur Führung in Teheran hätten. «Niemand will sehen, dass furchtbare Dinge passieren», sagte der US-Präsident. Auch betonte er, keinen Regimewechsel im Iran anzustreben. «Wir blicken nicht auf einen Regimewechsel, das möchte ich klarmachen», sagte Trump in Tokio. «Ich will dem Iran nicht schaden.» Sein Ziel sei es lediglich, zu verhindern, dass der Iran in den Besitz von Atomwaffen gelange. Japan ist bereit, in dem Konflikt zu vermitteln. «Wir möchten alles tun, was wir können», sagte Abe. Die Spannungen müssten gedämpft werden.

Auch bei der Weltraumforschung würde sich Trump eine engere Zusammenarbeit mit Japan wünschen. Er habe mit dem japanischen Ministerpräsidenten Shinzo Abe vereinbart, dass beide Länder «sehr bald» auf den Mond und den Mars fliegen würden, sagte er. «Aus militärischer Sicht ist derzeit nichts so wichtig, wie das Weltall», fügte Trump hinzu. Einzelheiten nannte er nicht.

Anschliessend wurde Trump vom japanischen Kaiser empfangen. Trump ist somit das erste Staatsoberhaupt, das von Japans neuem Monarchen empfangen wurde. Kaiser Naruhito ist seit 1. Mai auf dem Thron.

Iran

Landbrücke zum Mittelmeer

In der Grenzregion des nordostsyrischen Deir ez-Zour zum benachbarten Irak baut die islamische Republik Iran einen neuen Grenzübergang. Der vormals unter dem Namen «Al Bukmal/Al-Qaim» bekannte Kontrollposten zwischen Syrien und dem Irak war seit längerer Zeit nicht mehr passierbar. Nun hat sich Teheran der Sache angenommen und errichtet seit mehreren Monaten eine neue Infrastruktur. Brisant, vor knapp einem Jahr wurde der «alte» Grenzposten bei Luftangriffen zerstört. Verantwortlich dafür soll gemäss internationalen Berichten Israel gewesen sein. Entsprechend wird in Jerusalem nun befürchtet, dass sich der Iran mit diesem Grenzübergang eine Landbrücke zum Mittelmeer sichern möchte. So könnten Waffen, militärisches Personal oder Öl ohne Mühe vom Iran aus via den Transit im Irak bis an die Levante gelangen. Offenbar sind Vertreter der Revolutionsgarden des Ayatollah vor Ort. Nachvollziehbar, denn der Iran hält weiter an seinem langfristigen Ziel fest, in Syrien eine eigene Militärzone zu errichten. Dies nicht zuletzt, um damit den im Südlibanon stationierten verlängerten schiitischen-iranischen Arm der Hizbollah zu unterstützen und damit dereinst eine noch grössere Front gegen den Erzfeind Israel eröffnen zu können. Teheran, so sind sich Beobach-

ter der Lage einig, will einen «zweiten Libanon» auf syrischem Gebiet errichten. Die israelischen Streitkräfte blieben dementsprechend in den vergangenen Jahren nicht untätig und neutralisierten sämtliche ausgemachten iranischen Ziele in Syrien mit grosser Präzision. Wurde bis Ende 2018 kaum darüber berichtet, ist seither zunehmende Transparenz von Israel zu erkennen. Erst zu Beginn des Junis wurde über einen Angriff südlich von Damaskus, sowie davor gegen einen iranischen Militärstützpunkt im Nordwesten Syriens von offizieller israelischer Seite berichtet. Dennoch scheint Israel nun dazu übergegangen zu sein, mit dem Iran nicht mehr mittels Bomben zu kommunizieren, sondern gezielt auf mögliche Lageentwicklungen hinzuweisen. Beispielsweise wurde der neue Grenzübergang bewusst (noch) nicht beschossen. Die plausibelste Erklärung dafür liegt in der angespannten Situation zwischen den USA und dem Iran. Israel hütet sich bei der aktuellen Lage davor, zu stark mit dem Feuer am syrischen Pulverfass zu spielen.

Syria: the New Border Crossing Controlled by Iran is Active and Additional Infrastructure is Under Construction

Bild: ImageSat International

Pazifik

Russisches und US-Kriegsschiff stossen fast zusammen

Ein russisches und ein amerikanisches Kriegsschiff sind im Ostchinesischen Meer beinahe zusammengestossen. Beide Länder warfen sich danach gegenseitig gefährliche Manöver vor. Laut Darstellung der russischen Pazifikflotte habe die «USS Chancellorsville» dem eigenen U-Boot-Zerstörer «Admiral Winogradow» den Weg abgeschnitten, sodass dieser ein Notfallmanöver habe einleiten müssen. Beide Schiffe hätten sich einander bis auf 50 Meter genähert. Der ehemalige Generalstabschef der russischen Marine, Viktor Krawtschenko, warf den USA laut der russischen Nachrichtenagentur Interfax «Rowdytum» vor.

Die amerikanische Seite erklärte dagegen, die «Admiral Winogradow» habe den Vorfall durch ein «gefährliches und unprofessionelles» Manöver ausgelöst. Der kommissarische US-Verteidigungsminister Patrick Shanahan kündigte gegenüber Journalisten an, die USA wollten offiziell Protest einlegen. Der Zwischenfall, so Shanahan, werde «uns nicht von unseren Aktionen abhalten».

In den vergangenen Jahren kam es häufiger zu Zwischenfällen zwischen Schiffen oder Flugzeugen beider Staaten, etwa in Osteuropa. Die Gewässer rund um China sind wiederum seit langer Zeit umkämpfte Gebiete zwischen einer Reihe von Ländern. Das Ostchinesische Meer liegt zwischen China, Korea, Japan und Taiwan und hat damit eine hohe geostrategische Bedeutung. In dem Gebiet befinden sich unter anderem die Senkaku-Inseln, auf die sowohl China, Taiwan als auch Japan Anspruch erheben – insbesondere seit dort grosse Öl- und Gasvorkommen vermutet werden. Ebenso umstritten ist der Socotra-Fels, der seit 2003 von Südkorea kontrolliert wird. China und Russland hielten zuletzt im Mai 2014 ein gemeinsames Flottenmanöver im Ostchinesischen Meer ab.

Venezuela

Mehr als vier Millionen Venezolaner haben ihr Land verlassen

Angesichts der andauernden politischen und wirtschaftlichen Krise in Venezuela verlassen immer mehr Menschen das südamerikanische Land. Nach Angaben des UN-Flüchtlingshilfswerks UNHCR und der Internationalen Organisation für Migration (IOM) sind allein seit November vergangenen Jahres eine Million Venezolaner aus ihrer Heimat geflohen. Damit leben mittlerweile rund vier Millionen der etwa 31 Millionen Venezolaner im Ausland. 2015 waren es lediglich 695 000.

Die Vereinten Nationen appellierten an die internationale Gemeinschaft, vor allem diejenigen Staaten zu unterstützen, in die die Menschen fliehen. Dies betrifft vor allem Kolumbien, wo allein rund 1,3 Millionen Venezolaner leben, sowie Peru, das 768 000 Menschen aufgenommen hat. Auch in Chile, Ecuador, Brasilien und Argentinien leben jeweils Hunderttausende Venezolaner.

In Venezuela tobt seit mehreren Monaten ein Machtkampf zwischen dem sozialistischen Präsidenten Nicolás Maduro und Oppositionschef Juan Guaidó, der sich selbst zum Übergangspräsidenten ausgerufen hat. Vor allem aber ist das erdölreiche Land in den vergangenen Jahren in eine schwere Wirtschaftskrise geraten. Die Menschen leiden unter einer extrem hohen Inflation und einem Mangel an Grundnahrungsmitteln sowie Medikamenten. Immer wieder kommt es auch zu tagelangen Stromausfällen.

Maduro macht dafür einen von den USA geführten Wirtschaftskrieg verantwortlich, der einen Umsturz zum Ziel habe. Tatsächlich haben die USA seit 2017 mehrfach Sanktionen gegen Venezuela verhängt. Kritiker nennen als Gründe für den Abschwung aber auch die Inkompetenz von Maduros Regierung sowie eine nicht funktionierende Währungskontrolle und Korruption.

Pascal Kohler, Henrique Schneider